

zeigt. Es ist noch keine 74 Jahre her, dass in deutschen Konzentrationslagern massenhaft Menschen auf brutalste Art und Weise ermordet, misshandelt oder verstümmelt wurden, weil sie an die falsche Sache glaubten, anders aussahen oder ihre sexuelle Orientierung oder ihre Identität lebten.

Auch nach dem Ende des NS-Terrors gab es keinen Grund, aufzuatmen. Die Rosa Listen der Nazis wurden von der Polizei in der Bundesrepublik bis in die 80er-Jahre fortgeführt. Eine Verurteilung hatte für die schwulen Männer nicht nur juristische Folgen, sondern bedeutete zugleich den sozialen Tod, manchmal auch den Freitod. Das ist auch gerade einmal 50 Jahre her, also in jüngerer Geschichte passiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, dass wir aus der Geschichte gelernt haben und gemeinsam Verantwortung übernehmen, aber nichts ist garantiert und nichts ist für die Ewigkeit. Der Kampf für Gleichstellung und für vollständige Akzeptanz muss allein deshalb schon weitergehen, und er braucht unser aller Unterstützung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Arbeit braucht tatsächlich mehr als nur warme Worte. Es braucht auch mehr als nur das Verwalten bestehender Projekte der rot-grünen Vorgängerregierung.

Ich will keinen Zweifel zurücklassen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass es in diesem Haus unter allen demokratischen Fraktionen einen breiten Konsens gibt, dass das ein wichtiges Thema ist. Aber es hat zuletzt auch Rückschläge gegeben. Erinnern möchte ich zum Beispiel an das Aus für das Filmfestival „homochrom“, gewiss keine Auszeichnung für diese Landesregierung.

(Jörn Freynick [FDP]: Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch. Aber Sie können ja eine Kurzintervention anmelden oder eine Zwischenfrage stellen. Dann können wir das ja klären.

Hinweisen will ich auch auf die ehrenamtlich organisierten CSD-Trägervereine – das hat die Kollegin Paul gerade getan. Ein Regentag reicht ja häufig aus, um die Gesamtkalkulation über den Haufen zu werfen. Die CSDs in unserem Land sind doch im besten Sinne Heimat und hätten doch auch eine entsprechende Unterstützung verdient.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Ihrem Koalitionsvertrag versprochen CDU und FDP, eine Allianz für Vielfalt und Chancengleichheit zu gründen und das heutige Beauftragtenwesen innerhalb der Landesregierung zu einem ganzheitlichen Diversity-Management zusammenzuführen. Bis heute sind die Koalition und die Regierung konkrete Arbeitsschritte schuldig geblieben. Das sind nur einige Punkte, die vielleicht ein bisschen zum Nachdenken anregen könnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits im letzten Jahr haben wir über die Frage diskutiert, ob der Art. 3 des Grundgesetzes um den Schutz vor Diskriminierung wegen der sexuellen Identität und Orientierung erweitert werden müsste. Kritiker finden, das sei Symbolpolitik. Ich finde das nicht. Mag auch auf der rechtlichen Ebene beim Abbau von Diskriminierungstatbeständen vieles erreicht sein, so will ich ganz klar sagen:

Auch das Grundgesetz muss eine unmissverständliche Sprache sprechen, und das auch als klares Signal in die Gesellschaft. Vor allem aber wäre es eine Garantie, die man eben nicht mit einfacher Mehrheit wieder abwickeln könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle haben das Recht, ihre geschlechtliche oder sexuelle Identität frei zu leben. Dafür braucht es nicht nur den gesetzlichen Rahmen der rechtlichen Gleichstellung, sondern auch eine aktive Politik, die die Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft fördert. Beides ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Teil unserer Werteordnung und Politik, und ich glaube, dass das auch ein Punkt ist, der uns hier im Haus eint.

So leben zu können, wie man ist, das ist seit 50 Jahren einer der Leitgedanken der weltweiten LSBTIQ-Bewegung. Auch deshalb ist es gut, wenn wir heute an die Stonewall-Aufstände in der Christopher Street erinnern. Sie ermahnen uns nicht nur, sondern sie sind zugleich Verpflichtung für die Zukunft. We shall overcome.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Müller. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kamieth das Wort.

**Jens Kamieth (CDU):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ereignisse in der New Yorker Bar Stonewall Inn jähren sich in diesen Tagen zum 50. Mal. Mit Recht wird dieses Aufbegehren gegen Gewalt, Unterdrückung und Diskriminierung heute als Beginn der Emanzipation der LSBTI-Bewegung verstanden. Zehntausende Menschen feiern und gedenken dieses Aufbruchs im Rahmen von CSD-Paraden und begleitenden Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und der ganzen Welt.

Meine Damen und Herren, ich möchte dieses historische Ereignis dafür nutzen, den Vorkämpferinnen und Vorkämpfern, allen, die sich auf diesem Wege engagiert haben, im Namen meiner Fraktion und, ich denke, von uns allen Respekt, Dank und Anerkennung auszusprechen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Die Wahrheit ist: Nach der Überwindung des Naziregimes hat es auch in Deutschland noch lange gebraucht, bis sich die politischen Kräfte dieses Landes auf die richtige, nämlich auf die Seite der LSBTI-Community, gestellt haben.

Es waren die LSBTI-Aktivistinnen und -Aktivisten, die lange für die Abschaffung des Unrechtsparagrafen 175 StGB alt gekämpft haben. Es waren die Aktivistinnen und Aktivisten von LSBTI, die sich für eine Rehabilitierung für die zu Unrecht verurteilte und strafrechtlich verfolgte Liebe zwischen Männern eingesetzt haben. Es waren LSBTI-Aktivistinnen und -Aktivisten, die folgerichtig für einen Entschädigungsfonds gekämpft haben. Und es waren LSBTI-Aktivistinnen und -Aktivisten, die sich für jeden weiteren Schritt der gesellschaftlichen Akzeptanz und der rechtlichen Gleichstellung engagiert haben.

Alle, die dies über Jahre getan haben, haben dies im Geiste der Vorkämpferinnen und Vorkämpfer aus New York getan. Und sie haben es in der Gewissheit getan, dass Liebe niemals Unrecht und Diskriminierung, niemals Recht sein kann.

Meine Damen und Herren, um vieles, was hart erkämpft wurde, Freiheit, Gleichheit, Respekt, Miteinander, muss jeden Tag neu gerungen werden. Wir als schwarz-gelbe Koalition fühlen uns einem Nordrhein-Westfalen verpflichtet, das die Vielfältigkeit als Quelle seiner Stärke versteht. Deshalb schützen und unterstützen wir aus christlich-liberaler Überzeugung die Arbeit derjenigen, die sich Tag für Tag im Geiste von Stonewall im ganzen Land für Zusammenhalt und gegen Diskriminierung einsetzen.

Wir haben im vorliegenden Entschließungsantrag einige unserer Punkte für Zusammenhalt und gegen Diskriminierung aufgezeigt: erstens die Stärkung der psychosozialen LSBTI-Beratungsstellen, zweitens die Wanderausstellung zur Verfolgung Homosexueller nach § 175 StGB alt, drittens die Förderung der LSBTI-Jugendarbeit durch den Kinder- und Jugendförderplan und viertens unser proaktives Engagement mit Blick auf die CSDs, die im ganzen Land stattfinden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie es mich sehr deutlich sagen: Die NRW-Koalition und die Landesregierung begrüßen und unterstützen das von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn angestoßene Verbot sogenannter Konversionstherapien. Es muss endlich Schluss damit sein, mit diesem pseudo-medizinischen Ansatz, Menschen von ihrer sexuellen Orientierung heilen zu wollen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und der AfD)

Und was auch wichtig ist: Wir werden jetzt, Herr Kollege Müller, den Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie im engen Schulterschluss mit den

beteiligten Akteurinnen und Akteuren weiterentwickeln. Das zeigt unser nachhaltiges Engagement für und in diesem Bereich.

Meine Damen und Herren, die Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Interpersonen, die vor 50 Jahren Widerstand geleistet haben, können auf die beschriebenen Fortschritte stolz sein. Ich bin stolz und glücklich, dass ihre Interessen nunmehr auch im politischen Raum breite Unterstützung finden.

Lassen Sie mich mit einer ganz persönlichen Anmerkung zum Ende meiner Rede kommen. Für mich gehören die unterschiedlichen Formen von Liebe, Leben und der Geschlechtlichkeit gleichwertig zur unglaublichen Vielfalt der Schöpfung und damit zum christlichen Menschenbild.

Meine Damen und Herren von der Oppositionskoalition, erlauben Sie mir noch einen letzten Hinweis: Es gibt Themen, bei denen ich mir wünschen würde, dass man nicht fünf vor zwölf oder vielmehr eins vor zwölf gefragt wird, ob man eine gemeinsame Initiative auf den Weg bringen möchte. Das war hier aber leider der Fall.

Wir haben uns deshalb entschieden, in unseren Entschließungsantrag neben einigen richtigen und wichtigen Aspekten aus Ihrem Antrag weitere Punkte aufzunehmen. Aus diesem Grunde lehnen wir Ihren Antrag ab, laden Sie aber herzlich dazu ein, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen. – Danke.

(Beifall von der CDU – Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist schon einigermaßen unverschämt! Das ist wirklich unverschämt!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kamieth. Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Freynick.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Hoffentlich sammelt der Kollege das wieder ein!)

**Jörn Freynick<sup>3)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 50 Jahre ist es nun her, dass sich die Proteste im Stonewall Inn in der Christopher Street in New York jähren. Zum ersten Mal leisteten die Gäste dieses von Homo- und Transsexuellen besuchten Nachtclubs Widerstand gegenüber den Schikanen und Drangsalierungen der örtlichen Polizei.

Ihr Protest markierte den endgültigen Startschuss für die Befreiungsbewegung von LSBTI-Menschen. Ihrem Kampf für gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung und ihrem unermüdlichen Engagement ist es maßgeblich zu verdanken, dass sich in den letzten 50 Jahren die Situation für Lesben, Schwule, bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen erheblich verbessert hat. Für diesen mutigen